

(Thomas Mütze (GRÜNE): Das ist keine Zwiesprache, sondern ein Zwischenruf!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): – Habe ich leider nicht verstanden, Herr Kollege. Dann stellt sich die Frage, an wen der Zwischenruf gerichtet war.

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich denke, im Zweifel an Sie. – Ich wollte auf einen Punkt eingehen, Herr Staatsminister. Sie haben uns vorgeworfen, wir würden Vorwahlkampf machen. Das weise ich ganz entschieden zurück.

(Lachen bei der CSU)

Wir haben uns schon im letzten Sommer massiv gegen die erste Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes artikuliert. Wir haben hier im Landtag harte Debatten geführt. Wir machen das Gleiche hier auf der parlamentarischen Ebene. Aus Ihrer Sicht kann ich nachvollziehen, dass Sie überrascht, vielleicht auch ein bisschen erschrocken darüber sind, wenn viele Bürgerinnen und Bürger jetzt auf die Straße gehen, weil diese der Auffassung sind, was die CSU plant, geht eindeutig einen Schritt zu weit. Wenn Sie uns aber zum Vorwurf machen, dass wir die Meinung, die wir im Parlament vertreten, auch auf der Straße vertreten, dann finde ich das absurd.

(Ingrid Heckner (CSU): Ihr seid ein Bündnis eingegangen!)

Ich wollte deshalb klarstellen: Wir arbeiten an diesem Thema inhaltlich. Wir wollen, dass alle Menschen in Bayern frei und sicher leben können. Dafür müssen wir unsere bayerische Polizei gut ausstatten.

(Unruhe bei der CSU – Tobias Reiß (CSU): Dazu braucht es den Verfassungsfeind?)

Gleichzeitig müssen wir die Bürger- und die Freiheitsrechte schützen. Das ist unsere Aufgabe. Wenn Sie es nicht tun, dann machen wir es.

(Beifall bei den GRÜNEN – Manfred Ländner (CSU): Absurd!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Ich freue mich immer, Frau Kollegin Schulze, wenn Sie das, was Sie hier erzählen, auch draußen erzählen. Das ist völlig in Ordnung. Ich würde mich allerdings auch freuen, wenn Sie gerade angesichts der aktuellen Situation die wenigen freundlichen Sätze, die Sie in den letzten Monaten zur baye-

rischen Polizei gefunden haben, demnächst auch auf öffentlichen Marktplätzen äußern würden. Dazu höre ich von Ihnen aber leider sehr wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich würde mich zum Beispiel freuen, wenn Sie angesichts der vielen Lügen, die im Moment verbreitet werden, sich demnächst auf einem Marktplatz hinstellen und sagen würden: Jede Äußerung, die in den letzten Wochen dazu gefallen ist, dass die bayerische Polizei in Zukunft überall mit Handgranaten herumläuft, ist blanke Lüge. Es wäre wünschenswert, dass Sie es sich verbitten, dass jemand aus diesem Aktionsbündnis so etwas verbreitet. Das ist nämlich blanke Lüge, meine Damen und Herren! Es wäre schön, wenn Sie das auch einmal erzählen würden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/21877 zustimmen will –

(Thomas Kreuzer (CSU): Wir haben namentliche Abstimmung beantragt!)

– Alles klar, tut mir leid. Entschuldigung, das stand nicht in meinen Unterlagen. – Dann kommen wir zur namentlichen Abstimmung. Ich gebe dafür fünf Minuten Zeit. Der Gegenstand ist hinreichend bekannt. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16.46 bis 16.51 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die namentliche Abstimmung. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen, sobald es vorliegt, mitgeteilt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/21878 mit 21884 sowie 17/21898 mit 21902 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Bayern: vielfältig und weltoffen! Kein Missbrauch religiöser Symbole durch die Partei CSU und Staatsre-